

Budget 2013 verabschiedet: Sozialausgaben steigen weiter

Sparwille Mit relativ wenig Diskussion verabschiedete der Landtag das Budget 2013. Zu reden gab vor allem das Thema Einsparungen beim Staatspersonal.

VON JOHANNES MATTIVI

Die Staatsbeiträge zur AHV und IV sowie die Prämienverbilligungen für Einkommensschwache verzeichnen 2013 einen Anstieg. Der staatliche Zuschuss zur AHV beträgt im kommenden Jahr knapp 59 Millionen Franken, bei den Renten wird ein Anstieg von 4,7 Prozent prognostiziert. Die IV-Renten, zu denen der Staat 11,8 Millionen Franken zuschiesst, werden vermutlich um 2 Prozent ansteigen. Die Prämienverbilligungen für Einkommensschwache kosten den Staat 2013 7,2 Millionen Franken. Die Regierung geht von einer Prämiensteigerung von 5 Prozent und einem Anstieg der Bezüge um 3 Prozent aus. Letzteres veranlasste die Abgeordneten Pepo Frick (FL) und Diana Hilti (VU) zur Frage, ob im System eventuell zu viel Geld nach dem Giesskannenprinzip verteilt wird und die Abgeordneten Harry Quaderer (Unabhängig) und Wendelin Lampert (FBP) fragten nach einer Definition für «einkommensschwach». Die Fragen konnten nicht wirklich beantwortet werden, allerdings nahm Regierungschef Klaus Tschütscher die Stichworte mit in generelle Überlegungen zur Kostenreduktion im



«Der Staat muss Fluktuationen zum Personalabbau nutzen.»

KLAUS TSCHÜTSCHER
REGIERUNGSCHEF

Staatshaushalt. Wie es schon beim Thema FMA angeregt wurde, könnte der Staat laut Tschütscher seine Subventionen herunterfahren und in einigen Bereichen zum Verursacherprinzip übergehen.

Sparen in weiteren Ressorts

Regierungsrätin Renate Müssner versprach durch die KVG-Revision ab 2014 Verbilligungen im Gesundheitsbereich. In der Landwirtschaft sollen in den kommenden Jahren 1,2 Millionen Franken an Subventionen eingespart werden. Die übrigen Budgetposten in der Erfolgs- und Investitionsrechnung 2013 lösten keine grossen Debatten mehr aus.

Staat soll Personal abbauen

Eine längere Debatte entspann sich beim Thema Kosten für das Staatspersonal. Der FL-Abgeordnete Pepo Frick beantragte nämlich, die für 2013 budgetierte Lohnsumme für das Staatspersonal in der Höhe von

rund 101 Millionen Franken um 4 Millionen Franken zu kürzen. Dies als Signal für den Sparwillen der Regierung und nicht zuletzt auch deshalb, weil in den vergangenen Jahren die jeweils veranschlagte Lohnsumme nie ausgeschöpft worden sei. Zudem zeige die Regierung beim versprochenen Personalabbau eine magere Ausbeute. Pepo Frick forderte, dass Personalfluktuationen vermehrt zum Streichen von Stellen genutzt werden sollten.

Regierungschef Klaus Tschütscher verwies darauf, dass seit verganginem Jahr rund 20 Stellen in der Verwaltung eingespart wurden. Bei der Lohnsumme müsse er allerdings von einem Vollbestand der Angestellten ausgehen. Es sei noch nicht abzuschätzen, wie viel Fluktuation und Frühpensionierungen beim Staatspersonal im kommenden Jahr stattfinden werden. Der VU-Abgeordnete Günther Kranz hielt Pepo Frick entgegen, dass die Sparbotschaft bei der Regierung durchaus angekommen sei und er dem vorliegenden Voranschlag vertraue. Jürgen Beck (VU) ortete bei Pepo Frick gar Wahlkampfretorik. FBP-Abgeordneter Manfred Batliner schlug vor, bei den Ursachen und nicht erst bei den finanziellen Folgen zu beginnen, sprich zu überlegen, ob der Staat auch Aufgaben aus seiner Hoheit auslagern könnte. Regierungschef Tschütscher erwähnte, dass alle Amtsstellen bereits beauftragt wurden, Einsparungspotenzial beim Sach- und Personalaufwand zu evaluieren. Pepo Fricks Kürzungsantrag unterlag in der Abstimmung.